

Meldungen

Hamburger Taxifahrer zu drei Jahren Haft verurteilt

Der vor einem Monat in Xarpêt (Elaziğ) verhaftete Taxifahrer İlhami Akter ist in der Türkei wegen „Terrorpropaganda“ in den sozialen Medien zu einer hohen Haftstrafe verurteilt worden. Gleichzeitig wurde der Haftbefehl aufgehoben, sein deutscher Pass jedoch eingezogen und eine Ausreiseperrre verhängt. Sein Rechtsanwalt Ercan Yıldırım kündigte Revision an. Die Haftentlassung erfolgte trotz der Verurteilung zu drei Jahren, einem Monat und 15 Tagen Haft aufgrund der eingelegten Rechtsmittel. Wie Yavuz Fersoğlu (NAV-DEM) gegenüber ANF erklärte, wird die Entlassung aus dem Gefängnis am heutigen Nachmittag erwartet. „Das Beispiel zeigt wieder einmal, wie weit die Türkei von Demokratie und Meinungsfreiheit entfernt ist. Die Bundesregierung ist aufgefordert, angesichts der unrechtmäßigen Behandlung deutscher Staatsangehöriger Haltung einzunehmen.“ ANF 14.9., ISKU

Viele Festnahmen bei Protesten in Ostkurdistan

An verschiedenen Orten im Iran fanden Proteste gegen die Hinrichtungen der drei kurdischen politischen Gefangenen Ramin Hossein Panahi, Zanyar Moradi und Luqman Moradi am vergangenen Samstag statt. Die Proteste richteten sich ebenso gegen die iranischen Raketenangriffe auf die PDK-I und HDK in Südkurdistan. Am vergangenen Dienstag blieben in vielen Städten Ostkurdistans die Läden aus Protest geschlossen, es fanden Boykott-Aktionen und Demonstrationen statt. In den Städten Şino, Merîwan und Sine griff das iranische Regime die Demonstrationen an und nahm viele Teilnehmer fest. ANF 13.9., ISKU

Milizionäre der Türkei greifen Til Rifat an

Was geschieht in Efrîn?

R.H. ist mit seiner Ehefrau und zwei Kindern aus Efrîn nach Şehba geflohen. Er vermittelt Eindrücke über die aktuelle Situation und Stimmung in Efrîn.

Demografische Veränderung geht weiter

Aus Sicherheitsgründen kann R.H. seinen Namen nicht nennen. Er berichtet von der Vertreibung von Tausenden Menschen durch die Besatzungsgruppen, an deren Stelle dann Personen aus anderen Regionen angesiedelt worden seien: „Efrîn hat sich vollständig verändert. Die Bevölkerungszusammensetzung ist nicht wie früher. Wir fühlen uns wie in einem fremden Land, wenn wir durch Efrîn gehen. Stellt euch vor, eure Häuser und euer Boden wird von Fremden besetzt, sie beleidigen euch und ihr könnt dagegen nicht die Stimme erheben. Es sind vielleicht noch 20 Prozent der ursprünglichen Bevölkerung in Efrîn. Die anderen kommen aus Ghouta, Homs, Hama, Idlib und anderen Regionen und wurden an die Stelle der Menschen aus Efrîn, welche die Region aufgrund der Besatzung verlassen mussten, dorthin gebracht.“

„Ghouta gegen Efrîn getauscht“

R.H. berichtet von fortgesetzten Plünderungen und erklärt: „Die, die von außen kommen, schließen sich den Banden an und behandeln uns wie Fremde. Sie sagen, das türkische Militär und die Banden hätten jedem ein Haus und tausend Olivenbäu-

me versprochen, sie hätten Efrîn für Ghouta bekommen. Efrîn ist jetzt wie ihr Eigentum.“

R.H. erzählt, dass die Milizionäre immer mit Schusswaffen und Dolchen bewaffnet unterwegs seien, aber wenn bei Zivilisten aus Efrîn selbst ein kleines Messer gefunden würde, diese schwerster Folter unterzogen werden.

„Der Handel in der Stadt findet in türkischer Lira statt“

Das Leben sei sehr schlecht geworden, die Läden seien geschlossen, weil von ihnen Schutzgeld erpresst wird. Der Handel finde nur noch in türkischen Lira statt, was aufgrund des Verfalls der Währung zu einer massiven Verteuerung der Produkte führe.

500 Dollar Rückkehrsteuer

Menschen, die nach Efrîn zurückkehren wollen, müssen 500 Dollar „Rückkehrsteuer“ entrichten, erklärt R.H.: „Als die Banden zur Rückkehr aufriefen, wollten viele Menschen insbesondere aus der Region Raco zurückkehren. Aber danach stellte sich heraus, dass von den Rückkehrern eine Steuer verlangt wird. Die Milizen verlangen 500 Dollar als eine ‚Rückkehrsteuer‘. Denjenigen, die über ein Auto verfügen, wird eine weitere Steuer abgenommen. Um die Erlaubnis zu erhalten, auf den Feldern zu arbeiten, muss man auch nochmal 200 bis 300 Dollar an die Banden abgeben.“

PJAK fordert Einigkeit unter Kurden

Die Partei für ein freies Leben – Kurdistan (PJAK) hat eine Erklärung zur Hinrichtung der drei kurdischen politischen Gefangenen Ramin Hossein Panahi, Zanyar Moradi und Luqman Moradi durch das iranische Regime und dem Angriff auf das im südkurdischen Koye befindliche Parteizentrum der PDK-I und der HDK am vergangenen Samstag abgegeben.

„Wir verurteilen den Angriff des iranischen Terrorregimes aufs Schärfste. Wir teilen die Trauer über unsere gefallenen Widerstandskämpfer. Am gleichen Tag sind Ramin, Luqman

und Zanyar hingerichtet worden und auch in Qamişlo gab es einen Angriff auf die Kräfte der Inneren Sicherheit. Außerdem wurde die Bombardierung der Medya-Verteidigungsgebiete fortgesetzt. All diese Angriffe müssen als Teile eines Konzepts betrachtet werden.“

Weiter wird in der Erklärung festgehalten, dass das zeitliche Zusammenfallen dieser Angriffe mit dem Gipfel zwischen Rohani, Putin und Erdoğan in Teheran nicht als Zufall betrachtet werden dürfe. Nur vorgeblich sei Idlib der Schwerpunkt der Dreiergespräche gewesen, der

R.H. erzählt von den alltäglichen Entführungen und Lösegelderpressungen, die sich vor allem gegen Menschen mit einer etwas besseren ökonomischen Situation richten.

„Efrîn wurde unter den Milizen aufgeteilt“

Nach R.H.s Angaben gibt es in Efrîn über 50 verschiedene Milizen. Jede Gruppe hat ihre eigenen Kommandanten und sie behandeln die Zivilbevölkerung ihrem Gusto entsprechend. Jede dieser Gruppen beherrscht ein Stadtviertel. Der Wechsel zwischen zwei Gebieten sei wie der Grenzübergang zwischen zwei Ländern. An jedem der Kontrollpunkte hat die jeweilige Miliz ihre Fahnen gehisst. Auf der einen Seite hängt die Fahne von Firqat al-Hamza, auf der anderen dann von Sultan Murad, Liwa al-Shamal oder Jabhat al-Shamiya. Das gleiche gilt auch für die Dörfer und Landkreise in Efrîn.

„Überall gibt es düstere Kerker“

R.H. erzählt, jede Miliz habe ihre eigenen Gefängnisse errichtet: „Die entführten Zivilisten werden in diesen Gefängnissen jeder Form von Folter unterzogen. Es gibt außerdem Gefängnisse des türkischen Staates, aber ihre Anzahl ist unbekannt. Die Verschleppten werden auch in Gefängnisse in die Türkei gebracht, andere werden in Gefängnisse der „Schutzschild Euphrat“-Banden geschickt.“

R.H. selbst wurde Zeuge der

eigentliche Schwerpunkt der Politik der umliegenden Staaten liege bei den Kurden, erklärt die PJAK: „Ohne Zweifel gibt es zwischen den Staaten der Umgebung und insbesondere zwischen dem Iran und der Türkei tiefe Probleme. Zum Thema Kurden stehen diese Länder jedoch Seite an Seite. In dieser sensiblen Phase, in der drei kurdische junge Männer hingerichtet worden sind, müssen alle Parteien und politischen Strömungen in Ostkurdistan ihre Probleme und Differenzen bei Seite legen und als eine Einheit agieren.“ ANF 10.9., ISKU

Mêrdîn: Drogenhandel vor den Augen des Staates

In Nisêbin in der Provinz Mêrdîn herrscht noch immer Ausnahmezustand. Sechs Kontrollpunkte überwachen das Betreten und Verlassen der Stadt, in jeder Straße befinden sich Panzerfahrzeuge und die Stadtviertel werden aus Wachtürmen und Polizeiwachen kontrolliert.

Alle Aktivitäten der Regierung und ihr nahestehender Vereine und Institutionen sind erlaubt. Dies gilt jedoch nicht für die Opposition. Selbst „genehmigte“ Veranstaltungen können nicht stattfinden, weil die Genehmigungen immer erst wenige Stunden vor Veranstaltungsbeginn erteilt werden. Wer in der Stadt

kein AKP/MHP-Unterstützer ist, lebt in einem Klima der Repression, das sich kontinuierlich zuspitzt. Zeitgleich mit den erlassenen „Ausgangssperren“ der vergangenen Jahre hat sich der Drogenhandel unter den Jugendlichen verbreitet. Der Drogenkonsum fällt insbesondere in den Stadtvierteln Kışla, Zeynel Abidin und Firat ins Auge. In diesen Stadtvierteln, in denen die Drogenhändler offen herumlaufen, hat der Verkauf von Haschisch und Heroin ein hohes Niveau erreicht.

Direkt gegenüber der Cumhuriyet-Schule an der Haltestelle nach Mêrdîn werden Drogen

verkauft. Da die involvierten jungen Männer von den Sicherheitskräften ignoriert werden, ist davon auszugehen, dass dieser Handel entweder unter der Kontrolle oder mit dem Wissen der Polizei stattfindet. Die Gruppen sind von früh bis spät in den Vierteln unterwegs und verkaufen völlig ungestört Drogen. Es heißt, dass insbesondere junge Männer in den Drogensumpf gelockt werden, die Angehörige im Gefängnis haben oder deren Familienmitglieder in der Zeit der Ausgangssperren in den Jahren 2015 und 2016 ermordet worden sind.

ANF 11.9., ISKU

Bevölkerung von Rojava kehrt zurück

Aufgrund der relativ friedlichen und sicheren Lage in Rojava kehren immer mehr Menschen aus Südkurdistan in ihre Heimatorte in Rojava zurück. Mit Beginn der Syrienkrise hatten sich viele Familien aufgrund ökonomischer Schwierigkeiten oder Sicherheitsproblemen auf den Weg nach Südkurdistan gemacht. Allerdings war die Situation dort anders als erwartet. Da es inzwischen mehr Arbeitsmöglichkeiten in Rojava gibt und Sicherheit und Ruhe in die Region eingezogen sind, nimmt die Zahl der Heimkehrer kontinuierlich zu.

Ehmed Hisên Seid aus Dirbesiyê, der seit zwei Jahren in Südkurdistan lebt, erklärte gegenüber der Nachrichten-

agentur ANHA: „Wir haben unter dem südkurdischen Nationalismus gelitten. In Südkurdistan haben wir keine Arbeit gefunden. Verglichen mit Rojava sind die Lebensbedingungen hier schwieriger. Das hat für uns den Ausschlag gegeben, zurückzukehren. Es gibt keinen Grund mehr, nicht nach Rojava zurückzugehen.“

Seid sagt weiter: „In den Camps in Südkurdistan herrscht große Besorgnis wegen der Misshandlungen und der Unterdrückung durch die Lagerverantwortlichen. Die Menschen aus den Camps kehren nach Rojava zurück.“ Betül Ali, ebenfalls eine

Rückkehrerin aus Südkurdistan nach Rojava, ruft alle Menschen auf, nach Rojava zurückzukehren. Die Gründe zum Verlassen von Rojava nach Südkurdistan existierten nicht mehr, erklärt sie: „Die Arbeitslosigkeit im Süden hat zugenommen. Die Lebensbedingungen sind ziemlich schwer. Die Menschen, die Rojava verlassen haben, sollten zurückkommen.“

Mihemed Xêr Bicus von der Verwaltung des Sêmalka-Grenzübergangs berichtet von mindestens 1.300 Familien, die allein innerhalb des vergangenen Monats nach Rojava zurückgekehrt sind.

ANF 14.9., ISKU

→ Was geschieht in Efrîn?

Entführung von acht Zivilisten. Er berichtet: „Acht Personen, die türkische Soldaten dabei aufgenommen hatten, wie sie eine Sprengung vorbereiteten, wurden aus einem Gebäude verschleppt. Nach zehn Tagen kehrte einer der Entführten zurück. Er konnte sich aufgrund der erlittenen Folter nicht mehr auf den Beinen halten. Er hat uns von der Folter erzählt. Sie haben sie mit Kabeln und Seilen gefoltert, ihnen nur am Morgen ein halbes Brot gegeben und kein Wasser.“

Die Situation der Frauen

R.H. sagt, Frauen könnten sich aus Angst nicht mehr in der Stadt bewegen. Sie seien gezwungen, ihre Gesichter und Häupter zu verhüllen, wenn sie auf die Straße treten. Jeder Frau werde das Recht zugestanden,

eine Stunde vor der Tür ihres Hauses zu sitzen. Wer länger draußen bleibe, werde festgenommen. Die Entführungen und Vergewaltigungen von Frauen gingen weiter und die Gefängnisse der Milizen seien zu regelrechten Bordellen geworden.

Olivenprodukte gehen in die Türkei

R.H. fährt fort: „Die Banden hatten vor der Olivenernte gesagt, dass 50 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte ihnen gehören. Danach kam die Entscheidung, dass die türkischen Soldaten auch noch die Olivenprodukte mitnehmen werden.“

YPG und YPJ sind gefürchtet

Aufgrund der Aktionen der YPG und YPJ hätten die türkischen Milizionäre schwere

Verluste erlitten und sie fürchteten sich vor dem Widerstand, sagt R.H. und berichtet, dass in den Abendstunden daher eine Ausgangssperre verhängt wurde und sich die Milizen vor allem abends praktisch nicht mehr bewegen könnten. Seinen Bericht schließt er mit den Worten: „Zusammengefasst kann ich folgendes sagen: In Efrîn herrscht große Unterdrückung. Die Kurden werden ausgeplündert und entführt. Seit der türkische Staat den Sold der Banden reduziert hat, haben die Plünderungen gegenüber der Zivilbevölkerung zugenommen. Die Soldaten und Milizionäre holen die Menschen aus ihren Häusern und setzen an ihre Stelle die Familien der Bandenmitglieder.“

ANF 10.9., ISKU

Die von der Türkei gesteuerten Milizen, die das Gebiet zwischen Cerablus, Exterin, Mare, Azaz und Bab besetzt halten, haben die Stadt Til Rifat und die Ortschaft Sheikh Isa unter Artilleriebeschuss gesetzt. Til Rifat wurde von sechs Mörsergranaten getroffen, in Sheikh Isa wurde ein Kontrollpunkt syrischer Staatskräfte angegriffen. Wie ANF-Quellen vor Ort berichten, wurden bei dem Angriff drei Zivilisten und sechs syrische Militärs verletzt. Til Rifat ist bereits am 10. September vom türkischen Staat und seinen dschihadistischen Milizen unter Artilleriebeschuss gesetzt worden. Neben dem Stadtzentrum wurde auch eine Schule getroffen. Die Türkei greift in der Region systematisch Wohngebiete und die zivile Infrastruktur an. ANF, 13.9., ISKU

Termine

14. September, 19:00 Uhr
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin
Vortrag: Öcalans »Demokratischer Konföderalismus« – ein kurdischer Anarchismus?

26. September., 17:00 Uhr
Ehem. Rathaus Kreuzberg
Ausstellungseröffnung: Fotografie im Ausnahmezustand

27. September
Falkenheim Gerresheim
Die Kriminalisierung des kurdischen Widerstands

28. September
Berlin, 16:00 Uhr
Anti-Erdogan Demo

6./7. Oktober
Frankfurt a. M.
Int. Frauenkonferenz

20. Oktober
Karl-Liebknecht-Haus, Berlin
Konferenz: 25 Jahre PKK-Verbot

Quellen:
ANF Firat Nachrichtenagentur

Nüçe erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel. 040 - 421 02 845
isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
IBAN:DE42370100500003968506
BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)
Die Nüçe findet ihr auch unter:
isku.org